

Sie weiß, was es bedeutet, fliehen zu müssen: Ihr Vater geriet 1983 als Regimekritiker im Iran massiv unter Druck. Von dem Schmerz, den sie als Kind empfand, als sie Verwandte und Freunde zurückließ, erzählt die Migrationsforscherin zu Beginn unseres Interviews in Berlin: „Unsere Trauer war groß“, sagt Naika Foroutan, „es hat lange gedauert, sie zu verarbeiten.“ Heute fragt sie sich, ob sie noch einmal Abschied nehmen muss: „Mein Gefühl, auszuwandern zu wollen, ist seit einiger Zeit stärker geworden, weil ich nicht ohne Angst durch Deutschland gehe.“ Gleichzeitig wolle sie sich aber auch nicht einschüchtern lassen.

**Frau Foroutan, Ihr neuestes Buch trägt den Titel „Die postmigrantische Gesellschaft“. Heißt das, wir haben den Höhepunkt der Zuwanderung schon hinter uns?**

Nein. Es geht bei diesem Begriff darum, wie Gesellschaften sich verändern, nachdem Menschen zugewandert sind. Dieser Prozess ist nie abgeschlossen, denn es verändern sich sowohl die Menschen, die zugewandert sind, als auch jene, die schon vorher da waren. Vor fast 20 Jahren hat die Süsmuth-Kommission festgestellt: Deutschland ist faktisch ein Einwanderungsland. Das war eine politische Zäsur. Bis dahin wurde dieser Tatbestand von einer Mehrheit der Gesellschaft bestritten.

**Was ist seither die gravierendste gesellschaftliche Veränderung?**

Die demografische Struktur Deutschlands hat sich durch Migration stark verändert. 25 Prozent aller Menschen in der Bundesrepublik haben eine Migrationsgeschichte, unter den Schulkindern sogar fast 40 Prozent. In dieser Gruppe mit Migrationshintergrund nimmt der Anteil derer zu, die in Deutschland geboren worden sind und dennoch nicht als Deutsche wahrgenommen werden, was ein Zugehörigkeitsproblem erzeugt. Deutschland steht inzwischen unter den Aufnahmeländern mit den höchsten Zahlen an Erst-Zuwanderern auf Platz zwei hinter den USA.

**Müssen wir uns angesichts der Lage im Irak, in Syrien und Libyen auf neue Flüchtlinge einstellen?**

Unter den Aufnahmeländern für Flüchtlinge rangieren wir nicht unter den Top Ten. Da steht die Türkei ganz vorn, dahinter folgen die Anrainer der Krisenstaaten, also Jordanien, der Libanon und mehrere afrikanische Länder. Unter den EU-Staaten nimmt Deutschland allerdings in absoluten Zahlen die meisten Flüchtlinge auf.

**Wie hat sich das gesellschaftliche Klima mit wachsender Zuwanderung verändert?**

Mit dem Bekenntnis, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, gibt es das politische Versprechen, Migranten die gleichen Rechte einzuräumen wie den nicht Eingewanderten. Eine wachsende Gruppe von Eingewanderten fordert dieses Rechtsversprechen ein – und ist nicht länger bereit, im Alltag ungleiche Rechte zu akzeptieren. Das kann man Selbstbewusstsein nennen oder Demokratiebewusstsein. Tatsache ist, dass es gleichbleibende Umfragewerte gibt, die auf Diskriminierung hinweisen. Das Besondere an der postmigrantischen Gesellschaft ist, dass die Aufstiege der Migranten harsche Debatten um die Integration auslösen.

**Was heißt das konkret?**

Wir sehen seit Jahren einen zunehmenden Bildungsaufstieg türkischstämmiger Einwanderer. Sie sind Kindergärtnerinnen, Lehrer, Ärzte. Parallel dazu gibt es das Vorurteil: Die Türken interessieren sich nicht für Bildung. Dieses Vorurteil führt in Folge auch zu konkreter struktureller Benachteiligung.

**Inwiefern?**

In einer Studie hat man nachgewiesen, dass identische Diktate mit denselben Fehlern unterschiedlich benotet wurden, je nachdem, ob über diese Diktate der Name Max oder Murat gesetzt wurde. Eine andere Untersuchung hat gezeigt, dass Lehrkräfte von Kindern mit türkischem Namen systematisch weniger erwarten als von Kindern mit deutschen Namen und deren Leistungen von vornherein schlechter einschätzen, auch wenn die Kinder nicht aus bildungsfernen Familien kommen.

**Was sagen diese Befunde über den Stand der Integration in Deutschland?**

„Die Parteien jenseits der AfD tun sich und unserer Gesellschaft keinen Gefallen, wenn sie die Migrationsfrage nicht offensiv angehen, weil sie fürchten: Wer diese Frage anfasst, verbrennt sich die Finger“, sagt die Migrationsforscherin Naika Foroutan.  
Foto: Janine Schmitz/photothek.net



## „Ohne Migration sinkt unser Wohlstand“

**Naika Foroutan** Für eine gute Zukunft brauchen wir massive Anwerbung und ein gesellschaftliches Leitbild, das verschiedene kulturelle Identitäten vereint, sagt die Integrationsforscherin. Ein Gespräch über Rassismus, Mobilisierung und mutlose Parteien. *Von Antje Berg und Gunther Hartwig*



„Deutschland ist ein Land, um das es sich zu kämpfen lohnt. Und zwar gemeinsam.“

Das hängt immer davon ab, wie man Integration definiert. 2006 gab es den ersten Integrationsgipfel der Bundesregierung, auf dem erklärt wurde, dass Integration keine Einbahnstraße ist, also nicht nur von den Einwanderern die Bereitschaft zur Eingliederung erwartet werden darf, sondern auch der Staat eine Bringschuld hat.

**Und heute?**

Stellen wir fest, dass im Schatten von Rassismus auch die Herkunftsbevölkerung in die Pflicht genommen werden muss, zur Integration beizutragen, also nicht nur der Staat und die Migranten. Die Bilanz ist gemischt: Es gibt 30 Prozent der Bürger, die bedingungslos offen sind für Multi-Kulturalismus, und 30 Prozent, die das grundsätzlich ablehnen.

**Welche Haltung wird sich durchsetzen?**

Die Mitte ist grundsätzlich nach beiden Seiten mobilisierbar. Es hängt also von der Mobilisierungskraft der beiden Pole ab, wie sich die Stimmung weiter entwickeln wird. Ich bin da eher pessimistisch. Während das anti-plurale Lager mit der AfD eine Partei mit einem klaren Bekenntnis gegen Migration hat, gibt es im pro-pluralen Lager keine Partei, die offensiv für Migration wirbt. Am ehesten vielleicht noch die Grünen, aber sie stehen primär für die ökologische Frage.

**Liegt es manchmal nicht auch an den Migranten selbst, wenn sie nicht integriert sind, etwa an ihrem Rückzug in Parallelgesellschaften?**

Es gibt Parallelgesellschaften und auch klare Fälle von Desinteresse an der deutschen Gesellschaft oder auch Abwehr. Ich halte allerdings die These für unzutreffend, dass die Qualifikation und Integration der Zuwanderer darüber entscheiden, ob sie rassistische Ausgrenzung erleben oder nicht. Oder glauben Sie, es wird keine Ressentiments gegen philippinische oder mexikanische Pflegekräfte geben, um die wir uns jetzt so bemühen?

**Was fordern Sie?**

Als Politikwissenschaftlerin setze ich auf die Kraft politischer Parteien. Die Parteien jenseits der AfD tun sich und unserer Gesellschaft keinen Gefallen, wenn sie die Migrationsfrage nicht offensiv angehen, weil sie fürchten: Wer diese Frage anfasst, verbrennt sich die Finger.

**Das heißt?**

Irgendeine Partei wird den Bürgern und Bürgerinnen ehrlich sagen müssen: Wir brauchen von jetzt an pro Jahr 400 000 Migranten, um unser Erwerbspotenzial zu sichern. Wir benötigen kontinuierlich auf hohem Niveau Migration, wenn wir auch in Zukunft genügend Arbeitskräfte haben, unsere soziale Sicherung und unsere Gesundheitsversorgung aufrechterhalten wollen und unser Wohlstand nicht sinken soll. Aber dieses utilitaristische Argument – also einfach nur zu sagen, wen oder was wir brauchen – ist nicht ausreichend. Wenn nicht klar kommuniziert wird, dass die Gesellschaft auch bereit sein muss, den kulturellen Wandel durch Migration mitzugehen, dann wird das nur zu Frustration führen. Und zwar sowohl bei der hiesigen Bevölkerung als auch bei den Neuzuwanderern – wenn sie denn überhaupt kommen.

**Unsere Gesellschaft wird sich in den nächsten Jahren durch weitere Zuwanderung also noch einmal deutlich verändern?**

Ja, das liegt definitiv vor uns – und das ist keine Glaskugel, in die wir schauen, sondern das ist empirisch gesichert. Der Gegenentwurf ist, sich auf den japanischen Weg zu machen, also keine Migration mehr zuzulassen. Dann werden wir eine extrem überalterte Gesellschaft haben mit einem deutlich geringeren Wirtschaftswachstum. Ich plädiere für den kanadischen Weg: Anwerbung und ein klares Leitbild.

**Und zwar welches?**

Wir gründen unsere Nation auf Pluralität. Und nennen das Leitbild: Die postmigrantische Gesellschaft – also eine

Vorstellung von Zusammenleben, die wir nach der Migration gemeinsam gestalten. Die Kanadier nennen ihr Leitbild übrigens: Unity in Diversity.

**Sie verlangen also mehr Mut von der Politik?**

Es ist purer Pragmatismus. Es wird so kommen. Deshalb müssen wir endlich definieren, wo wir in zehn Jahren stehen wollen. Ich will keine Multikulti-Romantik bedienen – Unterschiede und Differenzen können sehr anstrengend sein, es ist ein harter Aushandlungsprozess, was man bereit ist, gemeinsam zu akzeptieren. Aber es ist uns in unserer Historie schon mehrfach gelungen, verschiedene kulturelle Identitäten zu vereinen.

„Glauben Sie, es wird keine Ressentiments gegen philippinische oder mexikanische Pflegekräfte geben?“

**Sie sehen also keinen Grund, heute vor dieser Aufgabe zurückzuschrecken?**

Nein, denn die meisten unserer Probleme, wie beispielsweise der eklatante Mangel an bezahlbaren Wohnungen, verkommenen Schulen, steigende soziale Ungleichheit, sind Struktur- und keine Migrationsprobleme. Und diese Strukturprobleme muss die Politik lösen – und nicht die Migrationsfrage dafür verantwortlich machen.

**Sie selbst haben einmal gesagt, Sie könnten sich vorstellen, nach Kanada auszuwandern. Gilt das noch immer?**

Ja, aber auch mit dem Iran habe ich noch nicht abgeschlossen. Im Moment ist es zwar undenkbar, dort an einer Universität zu lehren, aber vielleicht wird es irgendwann realisierbar. Mein Gefühl, auswandern zu wollen, ist seit einiger Zeit stärker geworden, weil ich nicht ohne Angst durch Deutschland gehe. Vieles, was hier geschieht, hätte man vor Jahren nicht für möglich gehalten. Wer weiß, wie es weitergeht? Da behalte ich mir lieber noch einen Platz woanders vor. Umgekehrt lasse ich mich aber auch nicht einschüchtern. Ich bin mit meiner Familie aus dem Iran-Irak-Krieg hierher gekommen. Da relativiert sich die Angst schon wieder. Deutschland ist ein Land, um das es sich lohnt zu kämpfen. Und zwar gemeinsam.

**Was ist Ihnen in der Erziehung Ihrer Kinder wichtig?**

Ich glaube, es ist wichtig, dass Kinder von Migranten ihre unterschiedliche Herkunft selbstbewusst benennen. Den Gedanken der Assimilation, der völligen Anpassung, halte ich für überkommen. Mich beschäftigt als Mutter aber vor allem die soziale Frage. Meine Kinder gehen auf eine ehemalige Brennpunkt-Schule – und das war eine ganz bewusste Entscheidung.

**Warum?**

Wenn ich als Professorin hierzulande in der Lage bin, einen anderen Klassen-Habitat zu leben, dann will ich nicht, dass meine Kinder glauben, das sei normal. Normal ist in diesem Land – gerade auch für viele Migranten – immer noch die große soziale Ungleichheit. Und wenn man dagegen kämpfen will, dann muss man diese Ungleichheit auch kennen.



Die Journalisten Antje Berg und Gunther Hartwig mit Naika Foroutan.

**Sozialwissenschaftlerin mit steiler Karriere**

**Als Tochter eines Iraners** und einer Deutschen wurde Naika Foroutan 1971 in Boppard in Rheinland-Pfalz geboren. Bald nach ihrer Geburt zog die Familie in den Iran, kehrte aber 1983 nach Deutschland zurück. Naika Foroutan (48) studierte an der Universität Köln Politikwissenschaft, Romanistik und Islamwissenschaft. 2015 wurde sie Professorin für Integrationsforschung und Gesellschaftspolitik an der Humboldt-Universität Berlin. Seit 2018 ist sie Direktorin des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung. Sie ist verheiratet und Mutter von drei Kindern.